

100 Jahre SPD Nieder-Erlenbach: Ein Blick zurück und nach vorn

Im Jahr 2004 feiert der SPD Ortsverein Nieder-Erlenbach seinen 100. Geburtstag. Doch seine Ursprünge reichen wesentlich weiter zurück. Verwurzelt sind sie in den massiven sozialen Umbrüchen, die die Industrialisierung und der aufkommende Wirtschaftsliberalismus mit sich brachten: Urbanisierung, Rationalisierung von Arbeitsvorgängen, der Übergang vom Handwerker zum Lohnarbeiter.

Es dauerte allerdings nicht lange, bis sich die rauchenden Schloten – einst der Stolz einer Stadt – von ihrer Kehrseite präsentierten: Fortschritt und freier Wettbewerb schlossen Arbeitslosigkeit, Existenzvernichtung, soziale Unsicherheiten und Ausbeutung mitnichten aus. So schuf die industrielle Revolution einerseits bürgerliches Bewusstsein aus wachsendem Wohlstand und andererseits soziale Not und Verelendung derjenigen Massen, die nur vom Verkauf ihrer Arbeitskraft lebten ... Nährboden und Ausgangspunkt für den langen Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit.

Ihn nahmen Mitte des 19. Jahrhunderts auch eine stattliche Anzahl von Bürgern aus der beschaulichen Gemeinde Nieder-Erlenbach auf. Denn der Wandel hatte eine markante Strukturveränderung in das einstige reine Bauerndorf gebracht: Von 1800 bis 1899 verdoppelte sich die Bevölkerung. Mitte des Jahrhunderts arbeitete mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen in Gewerbe und Handel, persönlichen Diensten, als Tagelöhner und Handarbeiter. Schon damals pendelten 22 Nieder Erlenbacher täglich nach Frankfurt, sechs waren in anderen

Städten auswärts tätig. Nieder-Erlenbach war nicht mehr nur die ländliche Gemeinde in der südlichen Wetterau. Für immer mehr Erlenbacher war der Arbeitsmarkt in der nahe gelegenen Großstadt Frankfurt die neue Perspektive.

Nieder-Erlenbach: Ein Zentrum der „Agitation“

Während aus der frühen Geschichte der Arbeiterbewegung in Nieder-Erlenbach wenig bekannt ist, wird uns ausgerechnet aus der Zeit der Bismarckschen Sozialistengesetze (1878-1890), deren Ziel es war, die „gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialisten“ ein für alle Mal auszuschalten, ein recht lebendiges Bild überliefert – meist aus polizeilichen Vorlagen und Spitzelberichten.

Gerade die Nähe zum großstädtischen Arbeitsmilieu begünstigte die Verbreitung sozialdemokratischen Gedankenguts. So heißt es in einem „untertänigen Bericht“ des Großherzoglichen Kreisamtes Friedberg an das Großherzogliche Ministerium des Innern und der Justiz vom 9. November 1886: *„Im allgemeinen können wir nur konstatieren, daß in dem nördlichen Teile des Kreises Friedberg die sozialdemokratischen Aktionen durchweg keinen Boden finden, daß indessen in dem südlichen Teile des Kreises infolge der insbesondere von Frankfurt ausgehenden Agitationen die sozialdemokratischen Anschauungen, namentlich in der Arbeiterklasse wie bei den Handwerkern, welche auch vorzugsweise in Frankfurt ihren Verdienst suchen, stetig weitere Verbreitung finden.“*

Die örtliche Polizeibehörde war angewiesen, Parteianhänger ausfindig zu machen, sie zu überwachen und Dossiers über sie anzulegen. Aus obigem Bericht von 1886 erfahren wir: *„Im ganzen haben wir bislang in 25 Gemeinden des Kreises die Gesamtzahl von 319 Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei konstatiert, wovon 99 Mitglieder in Vilbel, 40 in Nieder-Florstadt und je 34 in Friedberg und Nieder-Erlenbach ihren Wohnsitz haben.“* Die übrigen verteilten sich auf 21 Gemeinden – meist in der Nähe von Frankfurt gelegen.

Neben der „sozialistischen Hochburg“ Vilbel, zählt damit das kleine Nieder-Erlenbach (Einwohnerzahl: ca. 750) im Kreis Friedberg zu den wichtigsten Zentren der „Agitation“.

In den polizeilichen Personenverzeichnissen waren allerdings längst nicht alle Sympathisanten erfasst. So gestatten sich die Verfasser des obigen Berichts *„untertänig darauf hinzuweisen, daß wir hierin nur diejenigen Personen aufgenommen haben, welche uns bislang als notorische Agitatoren oder doch als solche bekannt geworden sind, welche mit ausgesprochenen Parteiführern in Frankfurt in Verbindung stehen, daß aber sicherlich noch eine Reihe von Parteianhängern in den einzelnen Gemeinden vorhanden sind, welche das Werben und Wühlen mehr geheim betreiben“.*

Konflikt zwischen Arbeit und Kapital aus Nieder-Erlenbacher Perspektive

In einer Zeit, in der sozialistische Vereine, Versammlungen und Druckschriften mit Gefängnis und Ausweisungen geahndet wurden, legten die Zeit-Genossen ein bemerkenswertes Maß an Zivilcourage an den Tag. Ein Vorkommnis aus dem Jahr 1886 dokumentiert die Auseinandersetzung zwischen Besitzbürgertum und Arbeitern aus der Nieder-Erlenbacher Perspektive. Heinrich Läufer, Mitglied der Arbeiterpartei, schickte folgende Einladung an Louis Wetzell, seines Zeichens in Erlenbach wohnender Fabrikant und Nationalliberaler:

Nieder-Erlenbach, 19.1.1886

Herrn Wetzell

Ich beehre mich hiermit, Sie zu der nächsten Sonntag, den 24. Januar, im Saale des Herrn Gastwirt Libbach von seiten der Arbeiterpartei einberufene(n) Allgemeine(n) Wählerversammlung höflichst einzuladen.

Tagesordnung: die soziale und politischen Aufgaben des deutschen Volkes.

Referent: Herr Wilhelm Wolf aus Mühlheim.

Da nun der Wunsch des Herren Referenten dahin geht, daß ein Gegenredner, gleichviel welche Parteistellung er einnimmt, in der Versammlung erscheine, so erlaube ich mir die Bitte an Sie zu richten,

als Vertreter der Nationalliberalen Partei, den Wunsch des Herrn Referent zu erfüllen und als Gegner in der Versammlung aufzutreten. Sollten Sie aber durch irgend welche Gründe abgehalten sein, in der Versammlung zu erscheinen, oder nicht geneigt sein, als Redner aufzutreten, so bitte ich nochmals recht höflichst, mit einem Vertreter Ihrer Partei zu sprechen und ihn dazu zu bewegen, als Gegenredner in der Versammlung aufzutreten.

I.V.d.A.P

achtungsvoll H. Läufer

Wetzell ging auf das demokratische Ansinnen nicht ein, sondern meldete das Vorkommnis postwendend an das Großherzogliche Kreisamt:

„Da es im höchsten Grade bedauerlich ist, daß unsere stille, friedliche und deshalb glückliche Gemeinde nunmehr auch der Gefahr läuft, durch sozialistische Versammlungen in den Strom der Unzufriedenheit und des Klassenhasses hineingerissen zu werden, und indem ich voraussetze, daß es hoher Behörde vielleicht alleine noch möglich ist, diese Gefahr von einer bis zur Stunde noch die Liebe zum Vaterland und die Achtung vor Gesetz und Recht als höchste Bürgerpflicht erkennenden Bevölkerung abzuhalten, erlaube ich mir, hoher Behörde das einl. Schreiben zur gef. Notiznahme ergebenst zu überreichen.“

Dass „still und friedlich“ nicht gleich „glücklich“ bedeutet, wenn der durch Knochenarbeit hart erworbene Lohn nicht einmal für eine karge Existenz bis zum Monatsende reicht, hat Wetzell verkannt. Trotz

Anordnung des Kreisamtes an den Erlenbacher Bürgermeister und die für Erlenbach zuständige Gendarmerie-Section Vilbel, die Versammlung zu verbieten, kamen am 24. Januar im Saale des Gastwirt Libbach rund 30 Personen zusammen. Gleich zu Beginn fand sich auch der Berittene Wachmeister und Sectionsführer Will von der Vilbeler Gendarmerie ein, der sogleich spürte, dass er unerwünscht sei: „*Gesprächsweise äußerte ein gewisser Wirt aus Frankfurt namens Prinz, daß die Versammlung von der Behörde verboten worden wäre, weil wohl (...) der bestellte Redner Wolf aus Mühlheim als bissig bezeichnet worden wäre; dem sei jedoch nicht so, (...) der beiße nicht, und ihre Partei auch nicht*“, berichtet der Berittene Wachmeister aus Vilbel in seinem Rapport. Prinz scheute sich auch in Beisein von Sectionsführer Will nicht, den 31 Mitgliedern von Nieder-Erlenbach zu sagen, dass sie sich nicht davon abhalten lassen sollen, den betretenen Weg weiter zu gehen. Im Wahlkreis Friedberg bestünde durchaus die Aussicht, demnächst auch einen sozialdemokratischen Abgeordneten durchzubringen. Weiter heißt es in Wills Bericht, dass sich die Gesellschaft darauf hin bald trennte „*mit dem Versprechen, nächstens vorsichtiger zu sein (...). Durch Schaden würde man klug*“.

Enge Verbindungen zu führenden Frankfurter Sozialdemokraten

Neben Heinrich Prinz – 1890 SPD-Reichstagkandidat für den Wahlkreis Friedberg – pflegten die Nieder-Erlenbacher Genossen engen Kontakt auch zu weiteren führenden Frankfurter Sozialdemokraten, darunter Adolf Sabor – 1884 als erster Frankfurter Sozialdemokrat in den Reichstag gewählt, Emil Fleischmann, der 1884 und 1887 für den Reichstag im Wahlkreis Höchst kandidierte und nach Ausweisung aus Frankfurt Unterschlupf bei einem gewissen Philipp Schütz in Nieder-Erlenbach fand, oder Oskar Füllgrabe, Vorsitzender der illegalen Frankfurter Partei und Gründer der Lebensmittelkette Schade & Füllgrabe, auf den selbiger Philipp Schütz, wie polizeilich beobachtet, bei einem „Waldfest“ ein Hoch mit der Bemerkung ausgerufen hat: „*Ehrliche Leute weist man aus, Spitzbuben läßt man laufen*.“

Umgekehrt waren für die Frankfurter Genossen die Kontakte ins Umland wichtig, denn in den Wirtschaften der kleinen Orte war die polizeiliche Überwachung weniger effektiv. Dies war der Großherzoglichen Hessischen Regierung, wie aus einer Anweisung vom Juni 1886 zu entnehmen ist, auch nicht entgangen: „*Die Erfahrung hat gezeigt, daß es den Ortspolizeibehörden auf dem flachen Lande vielfach nicht nur an der nötigen Energie und Intelligenz (...) fehlt, um ein korrektes Einschreiten gegen sozialdemokratische Versammlungen zu betätigen*.“

Nichtsdestoweniger lösten die sozialdemokratischen Machenschaften in Nieder-Erlenbach bei den diensthabenden Vilbeler Gendarmen poli

Die zentralen Motive der Sozialdemokratie zielten darauf ab, die Lage der Arbeiter Stück um Stück zu verbessern. So kümmerten sich Gemeinderäte beispielsweise darum, Notstandarbeit für Erwerbslose in kommunaler Regie zu vergeben ebenso wie Arbeitern bessere Fahrtmöglichkeiten zur Arbeitstätte und Arbeiterkindern Zugang zu höherer Bildung zu verschaffen. Sie sorgten für bessere öffentlichen Einrichtungen, setzten sich aber auch für den Ausbau der Infrastruktur ein: Gasleitungen, Elektrizität, Wasserleitungen und Abwasserkanäle, Straßen und Schienenverkehr. Davon profitierten alle Teile der Gesellschaft.

In der Zeit nach dem 2. Weltkrieg zählten Nationen, die auf sozialdemokratische Konzepte setzten – Schweden, die Schweiz, ja – auch Ludwig Erhardts Soziale Marktwirtschaft, zu deren Grundpfeilern das soziale Netz gehört – zu den erfolgreichsten der Welt.

Sozialdemokraten sind durchaus für den Wohlstand – aber bitte für alle!

Quo vadis, Sozialdemokratie?

Ein 100. Geburtstag sollte Anlass sein, ein Blick auf die Ist-Situation und die Zukunft zu werfen. Heute steht die SPD in der bundesrepublikanischen Wählergunst so tief wie noch nie. Und was vielen entgegen zu sein scheint: Seit den „guten Jahren“ ab der Mitte des soeben zu Ende gegangenen Jahrhunderts hat sich die Welt radikal verändert.

Fusionen, Pleiten und Massenentlassungen sind an der Tagesordnung. Die Überalterung der Bevölkerung, die galoppierende Zunahme der Zivilisationskrankheiten führen zu einer rasanten Steigerung des Bedarfs an medizinischer Versorgung und gleichzeitig lassen die Technisierung der Medizin und Fehlsteuerungen im Gesundheitswesen die Kosten explodieren. Viele Konsumenten und Wirtschaftsunternehmen sowie die Mehrheit aller Kommunen, Länder und Staaten rund um die Welt sind hoch verschuldet – viele können kaum noch die Zinsen bezahlen. Es herrscht ein ruinöser Verdrängungswettbewerb durch Überkapazitäten – unter den Wirtschaftsunternehmen ebenso wie unter den Arbeitnehmern. Das gegenwärtige Motto scheint zu sein: für immer mehr Leistung gibt es immer weniger Geld. Wer arbeitslos wird, solle doch bitte eine Ich-AG gründen, alternativ drei oder vier Mini-Jobs annehmen. Die weitläufige Empfehlung von Wirtschaftspäpsten und Zukunftsforschern: breite Teile der Bevölkerung mögen sich auf ein deutliches Absinken des Lebensstandards einstellen ... aber Geld macht bekanntlich auch nicht glücklich.

Dies trifft allerdings nicht überall zu – zumindest nicht in vielen Vorstandsetagen, wo Gehälter in astronomische Höhen geschneit sind – zulasten der Einkommen der Mitarbeiter ebenso wie der Aktionäre. Das US-Magazin Forbes berichtete vor Kurzem, dass ausgerechnet das Rezessionsjahr 2003 für die Reichsten dieser Welt – zu denen auch mittlerweile etliche Deutsche zählen – erfreulich einträglich war. Dann wären noch die nicht wenigen renommierten Unternehmen und Personen zu nennen, die ihr Geld in Deutschland verdienen und sich in Liechtenstein oder den Cayman Islands besteuern lassen.

Die Kluft zwischen Arm und Reich, Nord und Süd, Ost und West – sie klafft in einer Welt fast ohne Grenzen und angesichts einer noch nie gekannten Mobilität enorm auseinander. Viele nennen es etwas schwammig „Globalisierung“. In diesem Zusammenhang spricht man auch wieder von „Raubtierkapitalismus“.

Gerhard Schröder und seine Rot-Grüne-Regierung haben dazu die Agenda 2010 aufgelegt – mit nicht ungeteilter Zustimmung sowohl innerhalb als auch außerhalb der Reihen der SPD. Den einen ist sie zu viel, den anderen zu wenig. Den einen geht es zu schnell, den anderen nicht schnell genug.

Anstatt immer nur an einigen Stellschrauben zu drehen, wäre es nicht sinnvoller, einen Moment inne zu halten und das Gesamtbild – so komplex es auch sein mag – zu erfassen, zu analysieren, daraus Konzepte zu entwickeln und eine breite gesellschaftliche Debatte darüber zu führen?

Wohin geht die Reise? Was wollen wir erreichen? Wie sehen wir uns, wie sollen uns andere sehen? Wie bringen wir uns und die Menschheit voran?

Nach dem World Trade Center, Irak-Krieg, Börsen-Crash, unseren Pisa-Ergebnissen und dem Ende der Spaß-Gesellschaft stünden die Chancen dafür gar nicht so schlecht. Spannende Fragen, zweifellos. Wer meldet sich denn zu Wort ... etwa die Sozialdemokratie?

Quellen

Geschichtsverein Nieder-Erlenbach e.V., „Die Sozialdemokraten in Nieder-Erlenbach zur Zeit der Bismarck'schen Sozialistengesetze“ 1864-1989. Sozialdemokratie in Vilbel. Die ersten hunderfünfundzwanzig Jahre. Festschrift zur Erinnerungswoche 23. – 30. November 1989, SPD-Ortsverein Bad Vilbel, Mai 1979

1200 Jahre Nieder-Erlenbach. Festschrift zur 1200-Jahr-Feier, Arbeiter Rad- und Kraftfahrerbund Solidarität Ortsgruppe Nieder-Erlenbach, Abschrift des Protokollbuches

Herausgeber:

SPD-Ortsverein Nieder-Erlenbach, März 2004